

## 5 Editorial

Gemeinsam zum Erfolg  
Ensemble sur la voie du succès  
Assieme verso il successo

## 7 SGV/ACS

Ideen für Partizipationsprojekte: «in comune» ist online  
Des idées pour la participation: «in comune» est en ligne  
Idee per progetti partecipativi: «in comune» è online

## 15 Goodies

Der Mangel an Partizipation in Gemeinden ist seit Jahren ein Thema. Gemeinden geben mit kreativen Lösungen Gegensteuer.

## 16 Rapperswil

Rapperswil-Jona ist die grösste Schweizer Gemeinde, die eine Bürgerversammlung durchführt.

## 22 Plattform 2324

Die Newsplattform 2324.ch will den Dialog in den Gemeinden fördern. Winterthur und Sargans machen mit.

## 24 Züri wie neu

In Zürich kann die Bevölkerung Schäden an der Infrastruktur mit wenigen Klicks via Handy oder Computer melden.

## 38 Crowdfunding

Drei Aargauer Gemeinden haben eine solche Finanzierung gewagt und Erfolg gehabt.

## 42 Der Beitrag von Freiwilligen

Viele Menschen leisten wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl. Davon profitieren neben Vereinen vor allem Gemeinden.

## 46 Assemblée communale ou Parlement?

Assemblée ou Parlement? Une étude du spécialiste des communes, Andreas Ladner, montre que plus une commune est petite, plus les assemblées sont grandes.

## 50 La dynamique du Mont Citoyen

Un groupe politique né au Mont-sur-Lausanne inspire des actions de quartier.

## 54 Nuova Bellinzona

La capitale cantonale, una nuova città di oltre 42 mila abitanti a fronte dei 18700 attuali, è il frutto dell'aggregazione dei 13 comuni.

## 12

### Studie

Versammlung oder Parlament? Je nach Gemeinde eignet sich die eine oder andere Organisationsform besser. Eine Studie des Gemeindeforschers Andreas Ladner zeigt: je kleiner die Gemeinde, desto grösser die Versammlung.



## 16 Rapperswil

Rapperswil-Jona ist die grösste Schweizer Gemeinde, die eine Bürgerversammlung durchführt.

## 22 Plattform 2324

Die Newsplattform 2324.ch will den Dialog in den Gemeinden fördern. Winterthur und Sargans machen mit.

## 24 Züri wie neu

In Zürich kann die Bevölkerung Schäden an der Infrastruktur mit wenigen Klicks via Handy oder Computer melden.

## 38 Crowdfunding

Drei Aargauer Gemeinden haben eine solche Finanzierung gewagt und Erfolg gehabt.

## 42 Der Beitrag von Freiwilligen

Viele Menschen leisten wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl. Davon profitieren neben Vereinen vor allem Gemeinden.

## 46 Assemblée communale ou Parlement?

Assemblée ou Parlement? Une étude du spécialiste des communes, Andreas Ladner, montre que plus une commune est petite, plus les assemblées sont grandes.

## 50 La dynamique du Mont Citoyen

Un groupe politique né au Mont-sur-Lausanne inspire des actions de quartier.

## 54 Nuova Bellinzona

La capitale cantonale, una nuova città di oltre 42 mila abitanti a fronte dei 18700 attuali, è il frutto dell'aggregazione dei 13 comuni.



## 20

### Mediation

Mediatoren können aufkeimende Konflikte in Partizipationsprozessen direkt erkennen, lösen und so mögliche Blockaden vermeiden. Die Gemeinden profitieren von schnellen und kostengünstigen Verfahren ohne spätere Rekurse.

## 28

### Zeneggen

Das Oberwalliser Dorf Zeneggen hat seit Jahren keinen Wahlkampf erlebt – die Ämter werden in stillen Wahlen besetzt. Den Draht zur Bevölkerung wollen die Behörden aber nicht verlieren: ein Augenschein an der Zukunftskonferenz.



### Titelbild/Couverture

Das Team von 2324.ch/L'équipe de 2324.ch

Bild/photo: Severin Nowacki

 Schweizerischer Gemeindeverband

 @CH\_Gemeinden

Der offizielle, neutrale Versicherungsberatungsdienst des Schweizerischen Gemeindeverbandes

**trees** T +41 31 340 37 47  
mail@trees.ch

# Wie es zu demokratischen Entscheidungen kommt

Versammlung oder Parlament? Je nach Gemeinde eignet sich die eine oder andere Organisationsform besser. Eine Studie des Gemeindeforschers Andreas Ladner zeigt: je kleiner die Gemeinde, desto grösser die Versammlung.

Das Volk hat in den meisten Belangen das Sagen. Dadurch zeichnet sich die Schweiz aus. So vielfältig die einzelnen Gemeinden sind, so unterschiedlich organisieren sie diese Mitsprache. Die Kantone geben ihnen dabei die Rahmenbedingungen vor; je nachdem haben sie mehr oder weniger Gestaltungsraum.

## 80 Prozent mit Versammlungen

Knapp 80 Prozent der Gemeinden führen Gemeindeversammlungen durch. «Das ist bemerkenswert», sagt Andreas Ladner, der kürzlich eine Studie zum Thema publiziert hat, «zumal andere Länder diese Form der Partizipation nicht kennen.» Die direkte Demokratie erfreue sich grosser Beliebtheit. Letztlich komme aber jeweils nur ein kleiner

Teil der Bevölkerung zusammen. «Die Beteiligung ist tief und in den letzten Jahren stetig zurückgegangen.» In den kleinsten Gemeinden erscheinen zu den Versammlungen durchschnittlich 25 Personen, was rund 20 Prozent der Einwohnerschaft entspricht; in den grössten sind es gegen 200 Stimmberechtigte – also zwei bis drei Prozent. Junge Erwachsene sowie Neuzuzüger sind häufig untervertreten.

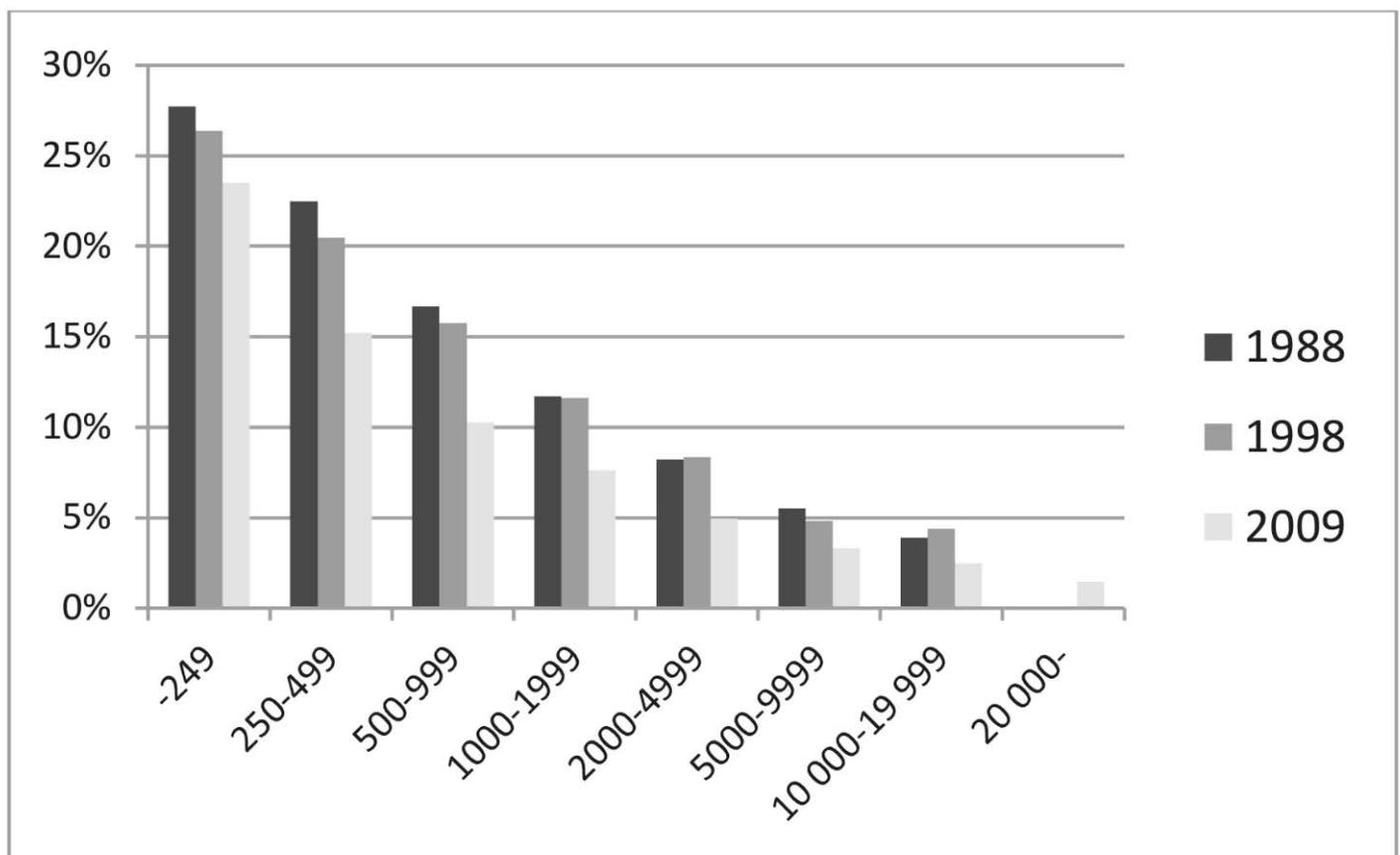
## Parlamente in Romandie und Tessin

Wo es keine Versammlungen gibt, existieren in der Regel Gemeindeparlamente. Viele gehen auf die 70er-Jahre zurück, als das Frauenstimmrecht eingeführt wurde und sich die Stimmbürgerschaft auf einen Schlag verdoppelte. 2015 waren es 476. Die meisten sind

relativ klein und umfassen 16 bis 30 oder 31 bis 45 Mitglieder. Am stärksten verbreitet sind sie in der lateinischen Schweiz. In den Kantonen Genf und Neuenburg ist das Modell vorgeschrieben. Im Tessin gilt eine Mindestgrösse von 500, im Wallis von 700 Einwohnern. In der Deutschschweiz wird ein Parlament meist erst ab 10000 Einwohnern zum Thema.

## Nicht alle Grossen wollen Parlament

Ein klares Muster lässt sich allerdings nicht beobachten: Allein im Kanton Zürich gibt es 13 Gemeinden, welche diese Einwohnerzahl überschreiten und dennoch weiterhin auf eine Versammlung setzen. Rapperswil-Jona (SG) ist mit rund 27000 Einwohnerinnen und Einwohnern die grösste Gemeinde der



Durchschnittliche Beteiligung an der Gemeindeversammlung (1988, 1998 und 2009), nach Gemeindegrösse (Prozentwerte)



Andreas Ladner, geboren 1958, studierte an der Universität Zürich Soziologie, Volkswirtschaft und Publizistik und promovierte 1990 mit einer Arbeit über die Schweizer Gemeinden. Von 2003 bis 2006 war er Assistenzprofessor am Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern. Seit Frühjahr 2006 ist er Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP Institut für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne. Er leitet verschiedene Forschungsprojekte des Schweizerischen Nationalfonds im Themenbereich der Kommunal- und Parteienforschung sowie im Rahmen des NCCR Democracy über die Wahlhilfeplattform «smartvote».

*Bild: Felix Imhof,  
Universität Lausanne*

Schweiz, die kein Parlament hat. Sie entschied sich im Juni 2015, weiterhin bei der Bürgerversammlung zu bleiben.

### Die Folge der Gemeindefusionen

Insgesamt zählen die lokalen Parlamente 17 339 Sitze. 46 Prozent entfallen auf den Kanton Waadt, 17 Prozent aufs Tessin. Je etwas mehr als fünf Prozent verzeichnen Genf, Neuenburg und Bern. Ein Mandatsträger vertritt im Durchschnitt 190 Einwohner.

Obwohl die Schweizer Bevölkerung gewachsen ist, hat die Zahl der Parlamente in den letzten Jahren nicht zugenommen, sondern abgenommen. Zurückzuführen ist dies auf Gemeindefusionen. «Es lässt sich kein Trend zum einen oder zum anderen System hin beobachten», sagt Politikwissenschaft-

ler Ladner. «Es gibt immer ein Dafür und ein Dagegen.» Letztlich stünden bei der Wahl der Organisationsform politische Motive im Vordergrund: Die Betroffenen überlegten sich, in welchem System sie ihre Interessen am besten durchbringen könnten. Meist dränge sich keine ideale Lösung auf. «Es gibt immer eine vergleichbare Gemeinde, welche die Legislativfunktion anders ausgestaltet hat und damit ebenso gut fährt.»

### Sozialen Druck wegnehmen

Mancherorts müssen grosse Ausgaben sowie Änderungen der Gemeindeordnung an der Urne entschieden werden. Das soll verhindern, dass eine Seite stark mobilisiert und einen nicht repräsentativen Entscheid herbeiführt. Ladner empfiehlt allen Versammlungsgemeinden, Urnenabstimmungen zu ermöglichen. Als ebenso zentral erachtet er es, dass Stimmberechtigte ge-

nicht von Mal zu Mal wechselt. Die Mandatsträger sind verpflichtet, sich über die laufenden Geschäfte zu informieren. Über die Jahre hinweg eignen sie sich so ein gewisses Fachwissen an und sind damit auch besser in der Lage, die Exekutive und die Verwaltung zu überwachen. Es besteht allerdings die Gefahr, dass sie im Hinblick auf anstehende Wahlen unnötige Vorstösse lancieren und Kosten verursachen. Kommt hinzu, dass kleine Gemeinden oft Mühe bekunden, überhaupt genügend und kompetente Parlamentarier zu finden. Ladner betont den Wert starker Parlamentsdienste, welche die Gewählten in ihrer Arbeit unterstützen. Ebenso plädiert er für ständige Sachkommissionen und Urnenabstimmungen über wichtige Fragen.

Und wie steht es um die Partizipation in Zweckverbänden? «Vor allem für kleine Gemeinden macht es Sinn, sich mit anderen zu arrangieren», sagt Ladner. Den Vorwurf, dass Zweckverbände demokratiefeindlich seien, lässt er nicht gelten. Die Gemeinden hätten grossen Spielraum, dieser Gefahr entgegenzuwirken. «Es kommt immer darauf an, welche Rahmenbedingungen man festlegt.» Wichtig seien auch hier ein starkes Kontrollorgan sowie die Möglichkeit, ein Geschäft zurück vor die Gemeindeversammlung zu bringen. Schweizer Gemeinden seien sehr autonom. «Dass sie sich derart flexibel organisieren können, ist ein grosses Plus.»

Eveline Rutz



Gemeindeversammlungen ermöglichen offene und lebendige Debatten, falls eine Gemeinde politisch nicht zu stark gespalten ist.

Illustration: IDHEAP

ler Ladner. «Es gibt immer ein Dafür und ein Dagegen.» Letztlich stünden bei der Wahl der Organisationsform politische Motive im Vordergrund: Die Betroffenen überlegten sich, in welchem System sie ihre Interessen am besten durchbringen könnten. Meist dränge sich keine ideale Lösung auf. «Es gibt immer eine vergleichbare Gemeinde, welche die Legislativfunktion anders ausgestaltet hat und damit ebenso gut fährt.»

Gemeindeversammlungen eignen sich Ladners Ausführungen nach vor allem für kleine Gemeinden mit einer homogenen Einwohnerschaft und ohne politische Gräben. Hier ermöglichen sie im besten Fall lebendige Debatten, in denen die besseren Argumente gewinnen und Projekte so ausgestaltet werden,

heime Abstimmungen sowie Referenden erwirken können. Sie sollen ohne sozialen Druck entscheiden und auf fragwürdige Beschlüsse zurückkommen können. Starke Aufsichtskommissionen sollen zudem die Arbeit von Exekutive und Verwaltung überwachen. «Ich habe nicht das Gefühl, dass die Gemeindeversammlung dadurch entwertet wird», sagt der Gemeindeforscher. Ziel sei vielmehr eine bessere demokratische Legitimität.

### Auf der Suche nach Parlamentariern

Parlamente eignen sich vor allem für grosse Gemeinden, in denen unterschiedliche politische Lager bestehen. Sie ermöglichen strukturiertere Debatten und haben den Vorteil, dass der Kreis der entscheidenden Personen